

## **Änderungsantrag**

**der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7107, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012  
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 07  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 07 08 – Bundesamt für Justiz – wird der Titel 681 01 – Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe – um 500 000 Euro auf 1 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 22. November 2011

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion  
Rainer Brüderle und Fraktion**

### **Begründung**

Opfer und Hinterbliebene rechtsterroristischer Verbrechen sollen als Zeichen der Solidarität eine finanzielle Entschädigung erhalten.

Angesichts unvorstellbarer, rechtsextremistisch motivierter kaltblütiger Morde und weiterer brutaler Gewalttaten, deren Ausmaß leider erst jetzt nach und nach bekannt wird, ist es weiterhin notwendig und erforderlich, Opfern rechtsextremistischer Übergriffe und ihren hinterbliebenen nahen Angehörigen aus humanitären Gründen Hilfe zukommen zu lassen und damit zugleich ein deutliches Zeichen für die Ächtung solcher Taten in der deutschen Gesellschaft zu setzen.

